

## Antrag

der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

auf Durchführung einer Aktuellen Stunde nach § 60 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Landtages in der 36. Landtagssitzung am 10. November 2016 zum Thema:

### **Internet im ländlichen Raum - Telekommunikation und Verbindungen zeitnah verbessern und zukunftssicher gestalten**

#### **Begründung:**

Gerade im ländlichen Raum kommt es aktuell zu deutlichen Verschlechterungen im Bereich der Netzzugänge und der Telekommunikation. Dies betrifft auch den Bereich des Mobilfunks. Mit dem Förderprogramm zum Breitbandausbau des Bundes sowie dem Landesprogramm „Brandenburg Glasfaser 2020“ soll jeder Haushalt mit bis zu 50 Mbit versorgt werden.

Große Telekommunikationsunternehmen erweitern derzeit die Leistung ihrer Netze. Dies erfolgt jedoch selten durch tatsächlichen Neubau als vielmehr durch die Aufschaltung zusätzlicher Kapazitäten in den bestehenden Netzen. Zunehmend stellt sich das Problem heraus, dass mit der Aufsplitterung der bestehenden Netze insbesondere die ländlichsten Bereiche schlechter bis gar nicht mehr Netzzugang haben. Das betrifft auch den Zugang zu den Funknetzen, da die Funkmasten ebenfalls in das Glasfasernetz eingebunden sind. Beim Ausbau der Glasfasernetze dürfen die Funknetze nicht aus den Augen verloren werden. Gerade in der Landwirtschaft, der Forstwirtschaft und im Pendelverkehr sind flächendeckende und grundversorgende Funknetze eine wichtige Arbeitsvoraussetzung. Hier gibt es noch weiteren hohen Bedarf zusätzlich zum Glasfaser-Netzausbau, denn ständige Verfügbarkeit ist nicht nur für Geschäftskunden, sondern für den Verbraucher allgemein im Rahmen der globalen Entwicklung, hier insbesondere für unser Flächenland und die allgemeine Daseinsvorsorge im Zuge der Entwicklung der Infrastruktur, unabdingbar.

In Notsituationen ist es unabhängig vom digitalen BOS-Funknetz auch von Nöten, dass Privatpersonen per Handy Hilfe rufen können. So sind bestimmte Patientengruppen, unter anderem bei der Nutzung mobiler Notrufmelder, auf Netzzugang angewiesen.

Betroffen sind aber auch die Bahnstrecken, die als Hauptpendlerstrecken anzusehen sind. So ist bspw. auf der RE 2 von Cottbus bis nach Berlin oder Falkenberg nach Berlin fast auf der ganzen Strecke kein Netzzugang möglich. Ähnliches ist von fast allen Regionalstrecken im südlichen Brandenburg zu berichten.

Vor wenigen Tagen war aus dem Bundesbildungsministerium zu vernehmen, dass für alle 40.000 deutschen Schulen eine Digitalisierung erfolgen soll. Das wird auch bedeuten, dass künftig für Hausaufgaben und das Lernen zu Hause ein gesicherter Netzzugang nötig ist. Im Gegenzug zur Investition des Bundes sollen die Länder sich *„verpflichten, die entsprechenden pädagogischen Konzepte, die Aus- und Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern sowie gemeinsame technische Standards umzusetzen“* (Pressemitteilung Bundesministerium für Bildung und Forschung, 10.10.2016).

Neben dem notwendigen flächenhaften Ausbau der Breitbandnetze - hier belegt das Land Brandenburg nach aktuellen Umfragen noch immer den letzten Platz im Ländervergleich - dürfen dabei die Mobilfunknetze nicht weiterhin vernachlässigt werden. Insbesondere in den ländlichen Regionen ist der Netzzugang mittels Mobilfunks oftmals die einzige Möglichkeit zur Kommunikation.

Ebenso ist der Bereich der kleinteiligen und dezentralen Energieerzeugung betroffen. Eine Technologie, bei der Brandenburg eine Vorreiterrolle einnimmt. Für die Steuerung und Wartung der Anlagen ist ein zuverlässiges Netz mit geeigneten Übertragungsraten nötig. Dies betrifft auch die intelligenten Zählvorrichtungen, die ab 2017 in allen Haushalten zu installieren sind. Weiterhin wird steigender Bedarf aus dem Bereich der Medizin hinzukommen. Hier werden es zunehmend Aufgaben wie die digitale Gesundheitsakte und die Telemedizin erfordern, dass in jedem Bereich des Landes ein zuverlässiger Netzzugang vorhanden ist.

Alle Regionen des Landes Brandenburg bis 2018 mit Breitband zu versorgen, ist ein ambitioniertes Ziel der Bundesregierung. Umso mehr muss der Blick auf die digitalen Mobilnetze gelegt werden. In einem Interview des Handelsblattes vom 22.09.2016 kündigte der Staatssekretär des Wirtschaftsministeriums Machnig an, dass bis 2025 flächendeckend 5G-Netze Standard sein müssen. Hier gibt es im ganzen Land enormen Nachholbedarf.

Um Brandenburg zukunftssicher zu machen aber auch um bei den derzeitigen Bauarbeiten nicht den ländlichen Raum abzukoppeln, ist eine gemeinsame Bund-Land-Strategie im Netzausbau nötig. Das betrifft auch die künftigen Möglichkeiten zur flächendeckenden Nutzung von E-Government. Es betrifft aber auch den Zugang zu digitalen Bildungsangeboten. Der Umgang, die Nutzung der digitalen Medien ist heute eine Grundvoraussetzung der sozial- kommunikativen Bildung und somit Grundbaustein künftiger Lehrangebote.

Der Netzausbau darf nicht allein in privater Hand liegen, damit gerade die ländlichen Bereiche nicht Gefahr laufen, auf Dauer abgehängt und unterversorgt zu werden.

Beim Netzausbau sollten die Erfahrungen der BOS-Dienste, insbesondere beim Wechsel auf die digitalen Netze, einfließen. Diese haben neben einem großen Wissen über die Alltagstauglichkeit der bestehenden Netze auch die Erfahrungen für weitere und dringende Bedarfe an Netzerweiterungen und Lücken in der Netzabdeckung.

Péter Vida  
für die BVB / FREIE WÄHLER Gruppe